

Stuart Hall

**Populismus
Hegemonie
Globalisierung**

Ausgewählte Schriften 5

Herausgegeben von Victor Rego Diaz,
Juha Koivisto und Ingo Lauggas



Argument Verlag

Übersetzt von Yasar Aydin, Thomas Barfuss, Manfred Behrens, Wieland Efferding, Stefan Howald, Ines Langemeyer, Ingo Lauggas, Thomas Laugsten, Ulrich Meditsch, Brita Pohl, Victor Rego Diaz, Jan Rehmann, Katrin Reimer, Ingar Solty, Susan Steiner, Kolja Swingle, Markus Weidmann

Dieses Buch entstand mit finanzieller Unterstützung des
Instituts für kritische Theorie Inkrit e. V.

Stuart Hall – Ausgewählte Schriften bei Argument:

- Ideologie, Kultur, Rassismus (Schriften 1)
- Rassismus und kulturelle Identität (Schriften 2)
- Cultural Studies (Schriften 3)
- Ideologie, Identität, Repräsentation (Schriften 4)
- Populismus, Hegemonie, Globalisierung (Schriften 5)

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte der deutschen Fassung vorbehalten

© Argument Verlag 2014
Glashüttenstraße 28, 20357 Hamburg
Telefon 040/4018000 – Fax 040/40180020

www.argument.de

Satz: Iris Konopik

Druck: CPI books, Leck. Printed in Germany
Gedruckt auf säure- und chlorfreiём Papier

ISBN 978-3-88619-323-3

Erste Auflage 2014

Inhalt

Vorwort.....	5
Der strittige Staat	11
Die Entstehung des repräsentativen/interventionistischen Staates, 1880er–1920er Jahre	43
Nicos Poulantzas: Staatstheorie	89
Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus.	101
Die Bedeutung des autoritären Populismus für den Thatcherismus.....	121
New Labours doppelte Kehrtwende	133
Bewegung ohne Ziel – The great moving nowhere show.....	147
»Die soziale Frage soll nicht gestellt werden«. Ein Interview	166
Die Stadt zwischen kosmopolitischen Versprechungen und multikulturellen Realitäten.....	172
»Jeder muss ein bisschen aussehen wie ein Amerikaner« Über die Bedeutung des Kulturellen fürs Verstehen der Gesellschaft. Stuart Hall und Bill Schwarz im Gespräch.....	198
Zur Deutung der Krise. Stuart Hall und Doreen Massey erörtern Ansätze zum Verständnis der gegenwärtigen Krise	209
Eine permanente neoliberale Revolution?	228
Literaturverzeichnis	254
Drucknachweise	258

Eine permanente neoliberale Revolution?

Das Ende des schuldengetriebenen Aufschwungs, die Bankenkrise seit 2007 und ihre Folgen, das Ende von New Labour und der Machtantritt einer Koalition aus Konservativen und Liberaldemokraten: Wie können wir diese außergewöhnliche politische Situation in Großbritannien begreifen? Was für eine Krise ist dies? Haben wir es mit Erstem als einem bloßen Schlagloch im Wirtschaftsmodell des Trickle-Down, des Win-Win, des Endes des klassischen Wirtschaftszyklus zu tun, das dem globalen Kapitalismus sein Gepräge gegeben hat? Kündigt die Krise ›business as usual‹, die Vertiefung der gegenwärtigen Trends oder die Mobilisierung gesellschaftlicher Kräfte für einen radikalen Kurswechsel an? Ist dies der Beginn einer neuen Konjunktur?

Die Ökonomie nimmt sicherlich einen zentralen Platz ein, aber wie schon Gramsci betonte, sind konjunkturelle Krisen niemals allein ökonomische oder in letzter Instanz ökonomisch bestimmte Krisen. Sie entstehen, wenn eine Reihe von Kräften und Widersprüchen, die in unterschiedlichen und maßgebenden Praxen und Orten einer Gesellschaftsformation wirksam sind, sich zur selben Zeit und im selben politischen Raum verdichten und wechselseitig verstärken und, wie es bei Louis Althusser heißt, »zu einer Einheit des Bruchs verschmelzen«.

Der Fokus der Analyse richtet sich hier auf die Momente der Krisen und der Brüche. Die Verdichtung von gesellschaftlichen Kräften und der darauf aufbauende, spezifische Charakter ›historischer Kompromisse‹ und die sozialen Konfigurationen, die sich daraus ergeben, verkörpern in der Summe eine neue ›Konjunktur‹. Im Folgenden stelle ich die These auf, dass es sich bei der gegenwärtigen Situation in der Tat um eine Krise handelt, d. h. um einen neuen, unaufgelösten Bruch in derjenigen Konjunktur, die wir als den ›langen Marsch der neoliberalen Revolution‹ bezeichnen können. Jede Krise seit den 1970er Jahren war anders, entstand aus spezifischen historischen Konstellationen. Nichtsdestotrotz scheinen ihnen, betrachtet man sie zusammengefasst, einige gemeinsame Grundeigenschaften und eine ähnliche allgemeine Stoß- und Entwicklungsrichtung innewohnen. Paradoxerweise waren es gegensätzliche politische Regimes, die auf verschiedene Weisen dazu beitrugen, das Projekt auf breiterer Grundlage zu entfalten.

Annäherung an einen vorläufigen Begriff

Als Begriff ist die Bezeichnung Neoliberalismus unbefriedigend. Manche Intellektuelle kritisieren, dass er zu viele verschiedene Aspekte zusammenwirft, um noch eine zusammenhängende Einheit zu stiften; durch seinen Reduktionismus rücken innere Komplexität und geohistorische Spezifik aus dem Blickfeld. Obwohl ich mit dieser Kritik sympathisiere, bin ich der Auffassung, dass es genügend gemeinsame Eigenschaften gibt, die dem Begriff eine vorläufige begriffliche Einheit verleihen, immer vorausgesetzt, man vergisst nicht, dass es sich hierbei um eine erste Annäherung handelt. Sogar Marx vertrat die Ansicht, dass eine Analyse auf verschiedenen Abstraktionsebenen Begreifen ermöglicht und das kritische Denken häufig mit einer ›chaotischen Vorstellung eines Ganzen‹ (MEW 13: 631) beginnt. Freilich müssen wir dann weitere Bestimmungen hinzufügen, um das »Konkrete im Weg des Denkens [reproduzieren]« zu können (632). Darüber hinaus bin ich überzeugt, dass die Bezeichnung des Neoliberalismus auch politisch unabdingbar ist, damit dem Widerstand gegen seinen Vormarsch Inhalt, Fokus und Stoßkraft verliehen werden kann.

Bei der Suche nach den Leitideen des neoliberalen Modells können wir nur an einem Faden des Komplexes ziehen. Auch wenn dies anachronistisch erscheinen mag, beruht der Neoliberalismus auf der Idee des ›freien Besitzindividuum‹. Der Staat gilt als tyrannisch und unterdrückend, er soll niemals über die Gesellschaft regieren und den freien Individuen diktiert, was sie mit ihrem Eigentum machen. Er darf nicht versuchen, eine freie Wirtschaft zu regulieren, und muss sich davor hüten, das Naturrecht, Profite zu machen und persönlichen Reichtum anzuhäufen, zu beeinträchtigen. Die Unternehmerinteressen dürfen unter keinen Umständen durch staatliches ›social engineering‹ beeinträchtigt werden. Die Antwort lautete daher, der Staatsintervention durch die globale Investition auszuweichen. Dem Neoliberalismus zufolge ist es ein Irrweg gewesen, als der Wohlfahrtsstaat unter dem Eindruck der Reaktion der Arbeiterklasse auf die Große Depression sowie der populären Mobilisierung des Zweiten Weltkrieges seine Aufgabe darin sah, in die Wirtschaft einzugreifen, um zu verteilen und soziale Ungerechtigkeit zu bekämpfen. Dies sei ein Versuch, die ›natürliche‹ (sic) Verbindung zwischen gesellschaftlichen Bedürfnissen und der Fähigkeit des Individuums, für deren Befriedigung zu bezahlen, aufzuheben. Seine Wohltaten, seine utopische Sentimentalität hätten dabei das moralische Gefüge der Nation zerstört, die persönliche Verantwortung erodieren lassen und die alles entscheidende Pflicht der Armen zur Arbeit

untergraben. So erlegte der Wohlfahrtsstaat einer auf der individuellen Gier und dem Eigeninteresse fußenden Ökonomie soziale Zwecke auf, was aber einem Angriff auf die fundamentalen Mechanismen des Konkurrenzkapitalismus gleichkam. Die Funktion des liberalen Staates sollte sich darauf beschränken, die Bedingungen zu gewährleisten, unter denen profitträchtige Konkurrenz stattfinden kann, ohne in den Hobbes'schen »Krieg aller gegen alle« umzuschlagen.

Tatsächlich hatte der Wohlfahrtsstaat tiefe Breschen in das Hoheitsgebiet des privaten Kapitals geschlagen. Diesen Nachkriegskompromiss zurückzuziehen und die Prärogative des Kapitals wiederherzustellen war seit langem das Ziel seiner Gegner, und zwar seit Churchill in den 1950er Jahren davon träumte, die bisherigen Kontrollen in einem riesigen Feuer zu verbrennen. Die Krise der späten 1960er und der 1970er Jahre war die Chance für den Neoliberalismus, und sie wurde vom Margaret Thatcher- und Ronald Reagan-Regime mit beiden Händen ergriffen.

Der Neoliberalismus ist auch für die Geopolitik von heute von entscheidender Bedeutung. Strukturpassungsprogramme haben die Entwicklungsländer gezwungen, die Kräfte des Marktes zu entfesseln, ihre Ökonomie dem Freihandel und ausländischen Investitionen zu öffnen und dabei die »liberalen« Tugenden von Parlamentswahlen in Mehrparteiensystemen, Rechtsstaatlichkeit und »good governance« zu implementieren. Dies ist die »Liberaldemokratie«, von der Francis Fukuyama behauptete, sie markiere das Ende der Ideologie und die Erfüllung des Kampfes für das gute Leben. Und westliche Supermächte haben regelmäßig und weltweit in andere Länder (militärisch) interveniert, um dieses Modell zu verteidigen.

Der Neoliberalismus existiert in mehreren Varianten. Er ist kein einheitliches System. Ferner sind längst nicht alle Kapitalismen neoliberal. Schon zwischen den Varianten in den USA und in Großbritannien bestehen entscheidende Unterschiede. Die europäischen sozialen Marktversionen unterscheiden sich deutlich von den angelsächsischen Marktkräftevarianten. Die »Tiger«-Staaten in Südostasien operieren auf einem Geschäftsmodell substanzialer Staatsintervention, ohne die sie nicht in der Lage gewesen wären, solch hohe Wachstumsraten zu erzielen und die Asienkrise zu überstehen. Das Gleiche gilt für diejenigen lateinamerikanischen Länder, die ein deutliches Wachstum aufweisen. Die Staaten der ehemaligen Sowjetunion wurden zum Testfeld einer besonders bösartigen Version des Neoliberalismus, wo die Privatisierung von öffentlichem Eigentum eine räuberische Oligarchenklasse und ein kleptokratisches Modell hervorbrachte, die den Staat aushöhlten. Bevor Lateinamerika in jüngerer Zeit den Weg

radikalerer, sozialer Alternativen einschlug, waren sie die Ersten gewesen, die von den Monetaristen durch den Fleischwolf gedreht wurden. Die Version des chinesischen »Staatskapitalismus« verbindet einen repressiven und dirigistischen Einparteiensstaat mit äußerst geschickten strategischen Eingriffen in unregulierte Weltmärkte und Währungsmanipulation.

Der Neoliberalismus ist also nicht aus einem Guss. Er verbindet sich mit anderen Modellen und modifiziert sie. Er behält, entwickelt und diversifiziert sich und ist dadurch kontinuierlich im Fluss. Daraus folgt, dass wir es hier mit einer langfristigen Tendenz, nicht aber mit einer teleologischen Zielperspektive zu tun haben. Und doch gewinnen neoliberale Ideen, Politiken und Strategien geopolitisch und im globalen Maßstab an Boden.

Vom klassischen zum neuen Liberalismus

Historisch betrachtet wurzeln die neoliberalen Ideen in den Prinzipien der Wirtschafts- und politischen Theorie des »klassischen« Liberalismus, die sich im Zusammenhang mit der Einhebung der Allmende, der Agrarrevolution, d. h. der Entstehung von (Waren-)Märkten in Bezug auf Land, Arbeitskraft und Agrarprodukten und die Entstehung der ersten Handels-Konsum-Gesellschaft im 18. Jahrhundert herausbildeten. Diese Entwicklungen vollzogen sich wiederum auf der Grundlage der britischen Erfolge im Krieg, der Seeherrschaft über die kontinentalen Konkurrenten, der Ausweitung des Handels (insbesondere des Ostasienhandels), der Eroberung Indiens und des Aufstiegs der kolonialen Sklaven-Plantagenwirtschaft.

Die Wurzeln des politischen Liberalismus liegen in den Kämpfen der im Zuge dieser Entwicklungen aufsteigenden Klassen gegen die Tyrannei der monarchischen, aristokratischen und traditionellen Mächte. Engländer seien, so behaupteten sie, frei geboren, und England sei die wahre Heimat der Freiheit. Ihren Anspruch auf eine führende Stellung in der Gesellschaft und eine breitere politische Repräsentation gründeten sie auf dem Konsens der freien, besitzenden Männer in einer Staatsform mit begrenzter Macht. Im 19. Jahrhundert folgten die Industrialisierung und der Aufstieg der Manufakturen: die »Disziplinierung« der Lohnarbeit, das Fabrikssystem, der Triumph des Freihandels, die Urbanisierung und die Entstehung industrieller Slums, als Großbritannien zur »Werkstätte der Welt« wurde. Schließlich konsolidierten sich als Grundlage einer kapitalistischen Konzernwirtschaft die Familienunternehmen zu Aktiengesellschaften, die die Binnen- und imperiale Wirtschaftsexpansion dominierten. Auf der Grundlage dieser Entwicklung konnte sich Großbritannien zum Zentrum des größten und

weltumspannendsten Imperiums der Moderne entwickeln. Dabei entstand eine liberal-imperiale Klasse – die ›Herren der Schöpfung‹ – mit der Mission einer globalen ›Zivilisierung‹.

Freilich schlugen radikale Strömungen, die unter dem geräumigen Dach des Liberalismus einen prekären Unterschlupf gefunden hatten, allmählich einen anderen Weg ein: die Jakobinerclubs, der Radikalismus, Peterloo, die Chartistenbewegung, die Kämpfe um die Ausweitung des Wahlrechts zugunsten der besitzlosen Klassen, Genossenschaften und utopische Gemeinschaften, die frühen Gewerkschaften und Freundesgesellschaften. Dieser Widerspruch erzwang ein ›Zeitalter der Reform‹ – Kämpfe zur Ausdehnung des Wahlrechts, gesetzliche Beschränkungen der Arbeitszeit sowie der Kinder- und Frauenarbeit, die katholische Emanzipation, die Abschaffung der Sklaverei, die Abschaffung des Koalitionsverbots und der Agrarzölle; und auch die schrittweise Emanzipation der Arbeiterklasse vom Liberalismus.

Diese Entwicklungen in einem Zeitraum von über zwei Jahrhunderten bilden den Kern des klassischen liberalen politischen und ökonomischen Denkens der heutigen Träume des Neoliberalismus. Damit ist er aber mit den gleichen Antinomien und Ambivalenzen behaftet wie der alte Liberalismus. Die politischen Ideen der ›Freiheit‹ werden für die ökonomischen Vorstellungen vom freien Markt eingespant – eine der Bruchlinien des Liberalismus, die auch im Neoliberalismus wieder auftritt. Wie Edmund Burke einmal ironisch kommentierte: »It would be odd to see the Guinea captain [of a slave ship] attempting at the same instant to publish his proclamation of Liberty and to advertise its sale of slaves.« Aber genau diese Aufspaltung kennzeichnet die Praxis des Liberalismus: ›Fortschritt und gleichzeitig die Notwendigkeit, jede ›Bedrohung von unten‹ unter Kontrolle zu halten; Toleranz, Reform, Modernierung und repräsentative Regierung für die englischen Staatsbürger – koloniale Gouvernementealität, Disziplin und Gewalt für aufsässige ›fremde‹ Eingeborenenvölker in den Kolonien; Emanzipation und Unterwerfung; diejenigen, die in London nur ›frei‹ sein konnten, hatten auf den westindischen Inseln immer noch Sklaven zu sein; die Freiheit für wenige und eine niemals endende Anwärtstellung zur Freiheit für alle anderen. Dieselben Brüche finden wir zwischen der universalistischen Sprache der ›Menschheit‹ und der ›Kompetenz‹ und des Diskurses über Frauen, der von der Partikularität getrennter Sphären gekennzeichnet ist; eine ›Weltmission‹ auf der Grundlage eines unüberbrückten Grabens zwischen den Zivilisierten und den Barbaren; und heute das ›sanfte‹ Antlitz des ›mitleidenden Konservatismus‹ und David

Cameron's »Big Society« einerseits und die brutalen Einschnitte, Arbeitszwang und das Evangelium der Selbstverantwortung andererseits.

Der Niedergang der klassischen liberalen Ideen begann gegen Ende des 19. Jahrhunderts. George Dangerfield (1961) nennt die Suffragetten, die Gewerkschaften, die Reform des englischen Oberhauses (einer Bastion der alten Aristokratie) und Irland als die entscheidenden Auslöser des »Strange Death of Liberal England«. In einer zunehmend plutokratischen Gesellschaft kam es zur Verschmelzung von Land und Kapital: Industriekapitalisten suchten Ständedünkel in ihrer neuen, ländlichen Umgebung, die alten aristokratischen und Grundbesitzerklassen liebten es, in die Stadt zu fahren und Investitionen zu tätigen, während die Profitraten aus dem Kolonialhandel stiegen. Für die neuen plutokratischen Klassen war – einem alten englischen Sprichwort zufolge – der Weltmarkt ihre Auster. Jedoch verschärfte sich bald die Konkurrenz mit anderen Staaten und es entstand ein Kampf um imperiale Macht, was Wladimir I. Lenin dazu führte, diesen Imperialismus als »die höchste Stufe des Kapitalismus« zu bezeichnen.

Konfrontiert mit der neuen Konkurrenz, insbesondere aus Preußen und Japan, schloss sich der Neue Liberalismus der Staatsintervention an und schmückte sich mit dem Begriff ›community‹ (einem bequemem Ersatz für den der Klasse). Die Sozialversicherungsreformen der liberalen Regierung von 1906–1911 (unter der Führung der beiden Verdammten des englischen politischen Systems, Lloyd-George und Churchill) legten das Fundament für den Wohlfahrtsstaat: Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, soziale Absicherung der ökonomisch Schwachen und der Kampf gegen die Armut, den man mit John M. Keynes und William H. Beveridge verbindet. Dies ist eine Geschichte, die Nick Clegg und die Liberaldemokraten, die sich unter gelegentlichen Umnutsäußerungen doch mit aller Kraft an den Rockzipfel ihres mächtigeren konservativen Bündnispartners klammern, gerne vergessen oder nie begriffen haben.

Die Phase von den 1880er bis zu den 1920er Jahren war eine entscheidende Wasserteiche: In dieser Zeit erlebte ein neuer Kapitalismus seinen Aufstieg, die kapitalistische ›Massengesellschaft‹ – Massenproduktion, ›Fordismus‹, Märkte für Massenkonsum, eine Integration der Massen in einer subalternen Position in das System, das auf Marktmechanismen beruht, politische Massenparteien und Industriegewerkschaften, Massenmedien, Massenkultur, neue Vermarktungsmethoden, Konsumentenforschung, embryonale Formen der heutigen Lifestyle-/Marktsegmentierung usw. Die ›Managerrevolution‹ – eine Interessengemeinschaft zwischen Aktienhabern und den Topmanagern des Kapitals – schuf nicht bürger-

liche Unternehmer, sondern den Investor und die Managerklasse riesiger multinational geführter, weltumspannender kapitalistischer Konzerne.

Der Neoliberalismus eignet sich die klassischen liberalen Ideen im großen Maßstab an, wobei er jede mit einer stärkeren Marktorientierung akzentuiert und begrifflich neu gestaltet. Klassische liberale Prinzipien wurden radikal verändert, um sie an einen modernen, globalen, postindustriellen Kapitalismus anzupassen. Indem diese Ideen in verschiedene, diskursive Formen übersetzt und an neue historische Kontexte angepasst werden, unternimmt der Neoliberalismus eine gigantische Transcodierung, ohne dabei die Nabelschnur zu jenem begrifflichen Grundwortschatz, aus dem er schöpft, zu kappen. Die ideologische Arbeit der Desartikulation und Reartikulation, der Auflösung und Neuzusammensetzung funktioniert, weil diese Ideen als Spuren ohne Inventarverzeichnis (vgl. Gramsci 1991ff., Bd. 6, H. 11: 1376) wirken: sie sind schon lange in soziale Praktiken und Institutionen eingeschrieben und im Habitus des Alltagslebens und des Alltagsverstands sedimentiert.

Zwei ideologische Klaviaturen des Thatcherismus

In Großbritannien war das Hauptangriffsziel des Neoliberalismus der reformistische sozialdemokratisch-keynesianische Wohlfahrtsstaat. Dieser war wiederum von einem dynamischen kapitalistischen Wachstum abhängig, um den Wohlstand zu schaffen, der dann unverteilt werden konnte. Aber das Ziel der Vollbeschäftigung, die sozialstaatlichen Sicherungssysteme, die universelle Gesundheitsfürsorge (National Health Service) und die kostenlose Gesamt- und Hochschulbildung haben das Leben von Millionen Menschen verändert. Dem Staat gelang es, die Kontrolle von einigen Schlüsselbereichen der Daseinsvorsorge (Wasser, öffentlicher Busverkehr und staatliche Eisenbahn) zu übernehmen. Die Verstaatlichung der produktiven Industrie (Automobilindustrie, Energiewirtschaft und Bergbau) glückte jedoch nicht. Für einen kurzen Augenblick – den ›Butler-Moment – bestand ein beinahe allumfassender Konsens über die Grundgestalt des keynesianischen Wohlfahrtsstaates. Als aber die Nachkriegsökonomie sich erholte und die USA Großbritannien als die ›paradigmatische Instanz‹ ablösten, traten die inneren Spannungen zunehmend an die Oberfläche. Veränderungen in der Klassenstruktur und die Ausbreitung des Wohlstands führten zu einer Selbstbewusstseinskrise auf der Linken. Das Jahr 1968 entlud eine Lawine des Protests und der Loslösung vom Tradierten. Als Mitte der 1970er Jahre die Inflation dramatisch anstieg,

unterwarf der IWF, der ansonsten ein nützliches Mittel zur Erzwingung von Strukturpassungsprogrammen in Staaten der Dritten Welt war, Großbritannien einem solchen. Nach der Einführung der Drei-Tage-Woche, um Energie zu sparen, erklärte Premierminister Edward Heath das Land für unregierbar. Der Nachkriegs-›Kompromiss‹ war zerbrochen.

Sobald die Regierung Thatcher 1979 an die Macht kam, begann sie ihren Angriff auf den keynesianischen Staat und ebnete mit den ersten Privatisierungen einer fundamentalen Neuordnung der gesamten sozioökonomischen Architektur den Weg. Mit dem berechtigten Howe-Haushalt provozierte man eine ›Stagflation‹. Außerdem heckte man einen Plan aus, die Macht der Gewerkschaften – ›des inneren Feinds‹ – zu brechen. Thatcher zwang die Bevölkerung in Richtung neuer, individualisierter, konkurrenzorientierter Lösungen: ›Mach dich auf die Socken‹, mach dich selbständig oder werde Shareholder, werde Eigentümer deiner sozial gebauten Wohnung, werde Investor in der Eigentümergebiet Demokratie. Für die wichtigsten neoliberalen Ideen hinter der Tendenzwende, die sie der Gesellschaft auftrögte, prägte sie hausbackene Äquivalente: das Preis-Leistungs-Verhältnis, das Haushalten mit den eigenen Ressourcen, die Sparenmentalität, die Geldmenge und den Spaß am Wettbewerb. Hiergegen richtete sich Zorn, Protest, Widerstand. Es gab allerdings auch eine Welle populistischer Unterstützung für die rücksichtslose Ausübung starker Führung.

Der Thatcherismus mobilisierte verbrietete, aber vage Ängste vor dem Wandel der Gesellschaft und organisierte populistische Rufe von ›unten‹ an den Staat ›oben‹, das Land durch die Stiftung von Ordnung zu retten. Wie ich in *Policing the Crisis* gezeigt habe, war diese Orientierung auf eine ›Law and Order‹-Gesellschaft eine entscheidende Stufe in der widersprüchlichen Entwicklung eines ›autoritären Populismus‹ (Hall u. a. 1978). Dieser zeichnete sich überraschenderweise u. a. dadurch aus, dass Thatcher in den dunklen Zeiten wahlpolitischer Unpopularität sich nicht der Markt-rationalität, sondern mit äußerstem Geschick eines archaischen britischen Nationalismus bediente. Während des Falklandkriegs konnte der Thatcherismus, wann immer nötig, auf zwei ideologischen Klaviaturen spielen, die in scheinbar gegensätzlichen Hörschaften ein Echo fänden: in der Rüstung der Vergangenheit in die Zukunft zu marschieren. ›Der Markt‹ war ein moderner, rationaler, effizienter, praxisorientierter Diskurs – eingeschrieben in den Alltag. Durch den nationalistischen Diskurs mit all seinen imperialistischen Unterströmungen (die Paul Gilroy als seine ›Melancholie‹, das hoffnungslose Hinterhertrauern nach einem verloren gegangenen Objekt, bezeichnete) spukte die Phantasia nach einer späten Rückkehr der nationa-

len Symbolik, der Familienwerte, des Nationalcharakters, der imperialen Glorie und des Geistes der Palmerston'schen Kanonenbootdiplomatie.

Ideologie ist immer widersprüchlich. Eine einheitliche, integrierte ›herrschende Ideologie‹ gibt es nicht. Diese Annahme ist ein Fehler, den wir heute wiederholen würden, wenn es uns nicht gelingt, zwischen konservativen und neoliberalen Klaviaturen der Ideologie zu unterscheiden. Ideologie funktioniert am besten, wenn es ihr gelingt, gegensätzliche Gedankengänge und emotionale Besetzungen zu verschmelzen und zu etwas zu gelangen, was Ernesto Laclau als »Äquivalenz-Systeme« bezeichnet hat. Der Gegensatz ist das Metier der Ideologie. Andrew Gamble charakterisierte den Thatcherismus als die Kombination aus ›freiem Markt‹ und ›starkem Staat‹. Viele glaubten, dass hierin der Kern des Scheiterns des Thatcherismus liegen würde. Aber obwohl diese Ideologie unlogisch ist, war sie diskursiv wirksam. Keine Strategie ist so erfolgreich, Konsens herzustellen, wie diejenige, der es gelingt, sich in den widersprüchlichen Elementen des Alltagsverstands, des Lebens und Bewusstseins der Bevölkerung zu verwurzeln. Auch heute ist der Diskurs um Markt, freies Unternehmertum, Privateigentum eng verknüpft mit älteren konservativen Neigungen zur Nation, ›rassistischer‹ Homogenität, zum Empire und zur Tradition. Die Anrufung der ›Marktkräfte‹ eignet sich dafür, die Macht des Kapitals wiederherzustellen und die Verteilungssituationen zu zerstören. In heiklen Situationen kann man sich aber auf die Schlagkraft des Imperiums verlassen. ›Das Volk‹ wird auf die Straßen strömen, um der ausringeltem südatlantischen Fleackchen Erde heimkehrenden Flotte in Plymouth zuzujubeln; und es wird die Straßen von Wootton Bassett säumen, um die heimkehrenden Toten eines »Kriegs ohne Ende« in Afghanistan zu ehren (wie viele erinnern sich eigentlich daran, dass dies mittlerweile Großbritannienens vierter Afghanistankrieg ist?). Der Thatcherismus war sozial zu verheerend und ideologisch zu extrem, um in seiner Form der ›verbrannten Erde‹ zu triumphieren. Selbst der engste Fanklub des Thatcher-Kabinetts wusste, dass man nicht lange an der Macht bleiben würde. Und doch war es ein ›Überzeugungsmoment‹, den sie nie vergessen werden und zu dem sie gerne in einer konsolidierteren und dauerhafteren Form zurückkehren würden.

New Labours ›liberaler Autoritarismus‹

Paradoxerweise war es Tony Blairs hybrides New Labour, das Labours historischer Agenda den Rücken kehrte und es unternahm, die Sozialdemokratie als ›besten Gewährsmann‹ einer New Labour-Variante des Neoliberalismus zu rekonstruieren. Hybrid war New Labour deshalb, weil es

in Anlehnung an die geschickte ›Triangulation‹ aus Bill Clintons erfolgreichem Wahlkampf um eine zweite Amtsperiode, d. h. an die Idee eines ›Dritten Wegs‹ basierend auf der Vorstellung, von beiden Enden des politischen Spektrums jeweils eine Leitidee zu übernehmen, soziale Reformen mit dem freien Unternehmertum und dem Markt zusammenband. Diese Aneinanderbindung, dieser ›double shuffle‹ machte die besondere Drehung von New Labour aus. Dadurch wurde die Labour Party von Mitte-Links in Richtung Mitte-Rechts verschoben. Unter dem Deckmantel von vagen Allgemeinplätzen wie ›Reform‹ und ›Modernisierung‹ felen die New Labour-›Heiligen‹ erbarmungslos über ›Old‹ Labour her. Ein substanzialer Teil der Herzkammer der Labour Party verabschiedete sich für immer. Aber die ›Mitte‹, der Pinhead¹, auf dem und um den alle Mainstreamparteien heute herumtanzen, wurde zum privilegierten politischen Zielpublikum.

New Labour schloss sich insbesondere der neuen Managerlehre der Public-Choice-Theorie aus den amerikanischen BWL-Fachbereichen an und hatte daher begriffen, dass die politisch schwierige Ganzprivatisierung nicht unbedingt notwendig war. Derselbe Zweck ließ sich auch erreichen, indem man die Unterscheidung zwischen Staat und Markt unterminierte. Outsourcing, Public-private-Partnerships und neue Kriterien für öffentliche Ausschreibungen öffneten dem privaten Kapital vielfältige Möglichkeiten, in den öffentlichen Sektor einzudringen und ihn von innen her auszuhöhlen. Anthony Giddens, ein Pionier des Dritten Wegs, soll Blair einmal gesagt haben, dass sich nichts »dem unaufhaltsamen Vordringen der Marktkräfte« widersetzen könne. »Marketization«, die Unterordnung aller sozialen Vorgänge unter das Marktprinzip, wurde zur zentralen Stoßrichtung des neoliberalen Projekts.

Unter der Parole einer »Managerial Marketization« wurde die Wirtschaft aktiv ›liberalisiert‹ (mit katastrophalen Konsequenzen für die Krise, die bald kommen sollte). Die Gesellschaft wurde eingepfercht in neue Gesetzesvorschriften, Effizienzmessungen, Überwachungen sowie die zweifelhafte Kultur der ›Zielvorgaben‹ und ›Effizienzkontrolle‹. Die Regulierung wurde auf das ›Light-Touch-Prinzip‹ umgestellt. Aber die Regulierer besaßen nicht die Kompetenz, den politischen Mut bzw. die Machtposition oder eine alternative Philosophie und saßen oft diesseits und jenseits des Zauns. Die Vorstellung, die sozialen Aufgaben könnten durch eine völlig ungezügelte Privatwirtschaft geleistet werden, erwies sich als eine Übung, die an R. H. Tawney erinnerte: »Trying to skin a tiger stripe by stripe«.

¹ Anmerkung der Übersetzer: ›Pinhead‹ hat die doppelte Bedeutung von Nadelspitze und Holzkopf.

Soziale Probleme, die Aufmerksamkeit verlangten, gab es en masse. Diese betrafen insbesondere eine entkoppelte und (politik-)verdrossene Generation geprägt von Alkohol- und Drogenmissbrauch, Teenager-Schwangerschaften, ungeschütztem Sex, der keinen Gedanken an die Verletzlichkeit einer Frau verschwendet, Respektlosigkeit gegenüber den Alten und einen automatischen Rekurs auf die Aggression als ›Lösung‹. Es gab Probleme, die aus Blairs Beteiligung am ›Krieg gegen den Terror‹ und der in der Sprache des Moralismus verbreiteten Panik vor ›Schläferzellen-Dschihadismus‹ herrührten. Die bemerkenswerteste Tatsache war allerdings New Labours Schwenk in Richtung gesellschaftlicher Disziplinierung und Eigenverantwortung: sein moralgetriebener Gesetzeseifer – Anti-Social Behaviour Orders (ASBOs), Bürgerwehren, Ausweitung der Kameraüberwachung, private Polizei- und Sicherheitsfirmen, das Outsourcing von Razzien, Massenfestnahmen und Ausweisungen von Einwanderern ohne Arbeitserlaubnis, darunter auch Frauen und Kinder, die Inhaftierung von vermeintlichen Terroristen ganz ohne Gerichtsprozess bis hin zur Mitterschaft bei Deportationen und die Vertuschung der eigenen Involviertheit in Folteraktionen. Trotz des zur Schau gestellten ›Liberalismus‹ setzte sich eine Bestrafungsorientierung durch: längere Haftstrafen, härtere Gefängnisregimes, ein härteres Jugendstrafrecht. Dieser neue ›liberale Autoritarismus‹ war einer der Joker im neoliberalen Kartenspiel. Von Michael Howard stammt der Ausspruch ›prison works‹, womit impliziert war, dass die Gegner dieser Auffassung allesamt ›Gummenschen-Spinner‹ seien. Blair, der keiner von diesen war, pres die ›tough love‹ (später erfand David Cameron den ›muskulösen Liberalismus‹!). Gewiss ist es nicht das erste Mal, dass das widersprüchliche Janusgesicht des Liberalismus sich so offenbart hat.

Sicherlich hat auch New Labour äußerst wichtige soziale Reformen initiiert, wie z. B. den Mindestlohn, kürzere Wartezeiten für medizinische Behandlungen, Verbesserung des Gesundheitssystems durch höhere Zielvorgaben, Bemühungen, die Kindertarmut zu reduzieren, die Verdopplung der Studierendenzahlen und einige (eher zögerliche) Schritte in Richtung einer Angleichung der Löhne der Geschlechter und der gesetzlichen Verankerung der Menschenrechte. Aber die Triangulation war der Lebenssaft und die dominierende Tendenz von New Labour. Dabei trat der Labour-Autoritarismus immer deutlicher hervor. Beschränkungen der Marktfreiheit waren schrittweise abzubauen: Aspekte staatlicher Planung, Gesundheits- und Sicherheitsstandards in den Betrieben, Gewerkschaftsrechte zur Verteidigung des Lebensstandards, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Anti-

diskriminierungsvorschriften, Gesetzgebung hinsichtlich sexueller Belästigung, Vergewaltigung und häuslicher Gewalt – alles Auswüchse des ›Sozialen-Hängematten-Staats‹ – waren zu begrenzen oder aufzuweichen. Die Arbeitsmärkte sollten ›flexibel‹ sein – mehr Teilzeit- und befristete Arbeitsverhältnisse, weniger abgesicherte Vollzeitarbeitsplätze; Rentenkürzungen, Beschränkungen der kollektiven Tarifverhandlungsrechte und die Segmentierung der Gehälter und Löhne.

Die öffentliche Ausschreibung und Vergabe der Vorzeigeprojekte von New Labour an Privatunternehmen im Rahmen der Public Finance-Initiative hat den zukünftigen Generationen einen Schuldenberg hinterlassen, der in den nächsten dreißig Jahren zu monströsen Zinssätzen zurückzuführen ist. ›Public-private-Partnerships‹ wurden für alle Aufträge der öffentlichen Hand zur Pflicht gemacht. Das Outsourcen und die Ausschreibeverfahren lieferten den Staat dem Kapital aus. Private Auftragnehmer waren konkurrenzfähiger, denn sie konnten durch Massentlassungen Kosten sparen, auch wenn das zu Lasten der Qualität ihrer Dienstleistungen ging. Das Heer von Privatunternehmen, die als Anbieter öffentlicher Dienstleistungen fungierten, war für den Beobachter ein Spektakel. Eine Welle von Beratern überflutete die öffentliche Sphäre, um die dort Beschäftigten in den Methoden kapitalistischer Privatwirtschaft zu unterrichten. Hochrangige Staatsbeamte gingen den Weg durch die ›Drehtür‹ und mutierten zu Vorstandsmitgliedern der privaten Unternehmen, deren Dienstleistungen sie im öffentlichen Auftrag bezogen. Auf diese Weise wurde der von innen ausgehöhlte Ethos des Staatsdiensts Opfer eines irreversiblen ›kulturellen Wandels‹. Die Verfahren und die Grundannahmen des privaten Sektors wurden nun in den Staat eingebettet.

Wie konnten die neoliberalen Strategen die Agenda von New Labour hegemonial verankern? Befördert wurden zwei populäre diskursive Figuren: zum einen der ›Steuerzahler‹ (ein hart arbeitender Mann, der steuerlich über alle Maßen belastet wird, um den ›Sozialbetrüger‹ und ›Drückheberger‹ zu finanzieren, für den das Leben von Sozialhilfe zur Entscheidung für einen Lebensstil geworden ist), zum anderen der ›Konsument‹ (die glückliche Hausfrau, die als ›freier Mensch‹ auf dem Markt ihre begrenzten Kaufentscheidungen tätigt – insbesondere für diesen Typ wurde die ›Choice-Agenda‹, der Diskurs der Konsumentensouveränität und des individuell abgestimmten Produkts, entworfen). Dabei wurde davon abstrahiert, dass weder die eine noch der andere zugleich ein respektabler Bürger ist, der auf öffentliche Dienstleistungen angewiesen ist.

Der herrschende Marktdiskurs ist natürlich eine Frage der ideologi-

schen Darstellung. In Wirklichkeit funktionieren die Märkte nicht so. Sie funktionieren nicht mysteriös von selbst, wobei sie das optimale Ergebnis hervorbringen. »Gerecht« können sie nur genannt werden, wenn man die himmelschreienden Reichtumsunterschiede zwischen Käufer und Verkäufer ausklammert. Eine »unsichtbare Hand«, die das »Gemeinwohl« garantiert, gibt es nicht. Die Märkte erfordern oft die äußere Macht des Staats und seiner Gesetze, um sie herzustellen und zu regulieren. Der Diskurs liefert seinen Subjekten aber eine »gelebte« imaginäre Beziehung zu ihren wirklichen Existenzbedingungen. Damit soll nicht gesagt sein, dass Märkte schlicht konstruierte Fiktionen sind. Im Gegenteil, sie sind in der Tat nur zu real! »Falsch« sind sie nur in dem Sinn, dass sie Teilerklärungen zu Darstellungen des Gesamtprozesses machen. Wir sollten uns aber auch bewusst sein, dass das, was wir für wahr halten, in seiner Konsequenz »wirklich« ist.

In globaler Perspektive vertrat New Labour die Position, dass die Entwicklungsländer dem scharfen Wind des Freihandels und der direkten Auslandsinvestitionen ausgesetzt werden müssten. Der Hauptzweck der »Weltpolitik« sei der Schutz der Märkte und Investitionen und die Gewährleistung der Erfolgsbedingungen für das globale kapitalistische Unternehmertum. Aus dieser Prioritätensetzung ergab sich eine Selbstverpflichtung zu einer neuen geopolitischen Ordnung, steigende Militärausgaben – »hard power« – und die Errichtung eines Netzes von Militärbasen, Vasallenstaaten und befreundeten Diktaturen, von denen viele staatliche Repression, Gewalt, Einspernung und Folter routinemäßig praktizierten, und, falls nötig, die direkte militärische Intervention im Kostüm der Menschenrechte.

Waren Thatcher und Blair »weltverändernde« geschichtliche Gestalten? Jeder für sich schien emblematisch den historischen Moment, den sie hervorbrachten, zu verkörpern. Beide kamen eindeutig aus der Mittelschicht. Dabei schien Thatcher im »provinziellen« Gantnam verankert und nicht Teil des metropolitanen London/Westminster'schen Milieus zu sein, auch wenn ihr Verhalten, ihr Auftreten und ihr Tonfall zunehmend Züge der »Ober-«schicht annahm. Ihre Orientierung an der Respektabilität war zweifellos sehr »englisch«. Der unkonventioneller, »moderner« und tüchtiger auftretende, geldgierige, machtorientierte Blair bezog sich zwar auch regelmäßig auf »britische Werte«, aber »respektabel« in jenem tröstlichen Sinne war Blair zu keiner Zeit; und er war es immer weniger, je größer seine Ambitionen wurden. Blairs Blick richtete sich nach vorne auf »UKplc«, d. h. auf börsennotierte öffentliche Unternehmen; Thatchers Blick war rückwärts-

gewandt auf die »viktorianischen Werte« und eine verschwindende imperiale Vergangenheit. Die Selbstbezeichnung »fortschrittlich« wäre ihr nie über die Lippen gekommen.

Das verbindende Glied zwischen beiden war das Überzeugtsein, der Glaube an sich. Gab es hier ein religiöses Element? Mrs. Thatcher schien sich in der Anglikanischen Kirche wohlfühlen, besonders religiös war aber auch sie nicht. Alastair Campbell, der Strippenzieher von Blairs New Labour, drückte es so aus: »We don't do God.« Es stellte sich aber doch heraus, dass das für den gewiefteren Blair nicht wirklich galt. Seine »Religiosität« drückte sich allerdings nicht in der Sprache der Religion, sondern in der Sprache der Moral aus. Bei beiden war alles, was sie unternahm, von einem starken Moralaspekt getränkt: Ein innerer moralischer Kompass immunisierte sie gegen den Gedanken, dass das eigene Handeln womöglich falsch sein könnte. Thatchers Redenschreiber impften ihr den Satz »The lady's not for turning« (»Die Dame kennt keinen Rückzug«) ein; und Blair riet David Miliband, keinen Zoll von der »Reformagenda« von New Labour zurückzuweichen. Die Geschichte würde ihnen und ihren harten, aber mutigen Entscheidungen recht geben.

Das Ende des Blair-Experiments kam unerwartet. Es war das Ergebnis der langen Unterordnung unter die Ziele der US-Außenpolitik. Die »special relationship« hatte dem Vereinigten Königreich die Rolle des geopolitischen Juniorpartners garantiert und im Weltmaßstab einen Platz an der Sonne versprochen. Man stand »Seite an Seite« im Kampf gegen den islamischen Fundamentalismus. Mit der Unterstützung der neokonservativen Lobby (Richard Cheney, Richard Perle, Donald Rumsfeld und Co.) verfolgte George W. Bush, dem Blair aus unerfindlichen Gründen vertraute, diesen zu einem Krieg mit dem Ziel des Regime-Wandels im Irak. Blairs moralischer Anspruch zerbrach an seiner fadenscheinigen Logik, der Vor-täuschung falscher Tatsachen, den Geheimabkommen, den frisierten Dokumenten und der schlechten Geheimdienstarbeit. Sein Ruf hat sich hiervon nie wieder erholt.

Sein Nachfolger, Gordon Brown, änderte den neoliberalen Kurs im Wesentlichen nicht. Gleichwohl war er nie ein besoldeter Verkünder des »Dritten Wegs«: Seine Pfarrhausherkunft, seine hohe moralische Ernsthaftigkeit und die Formierung seiner Persönlichkeit im alten Labour-Milieu standen ihm hierfür im Weg. Mit ihm verknüpfen sich die positiven Seiten des »double shuffle« von New Labour: öffentliche Investitionen, das Senken der Schulden der Dritten Welt und der Kampf gegen die Kinderarmut. Mit dieser »Umverteilung im Verborgenen« konnte aber die Schaffung einer

politischen Basis oder eine prinzipielle Verteidigung des Wohlfahrtsrates nicht gelingen. Außerdem war Brown ein Bewunderer der Dynamik des amerikanischen Freihandelskapitalismus. Dem ganz irrigen Glauben, dass die Labour Party irgendwie die Quadratur des Konjunkturkreislaufes entdeckt habe, ging auch er voll auf den Leim. Die Zeichen, dass der Boom nicht ewig anhalten würde, übersah er: den außer Kontrolle geratenen Immobilienmarkt, den Anstieg der Verschuldung des States und der privaten Haushalte, die dubiosen Risikogeschäfte, die karrieregeile, junge, grüschmäßige Aktienhändler erfanden, die unregulierten Raubzüge des Hedge-Fonds- und Private-Equity-Sektors, den Skandal, dass Banken Subprime-Hypotheken in einer Höhe verkauften, die das gesamte Jahreseinkommen ihrer Kunden überstiegen, die Explosion der Aktienwerte, die astronomischen Gehälter und Bonuszahlungen der Manager, die zunehmende Orientierung der Banken auf hochriskante Investitionsaktivitäten, die staatliche Rettung von »systemrelevanten« Banken und das Tempo, in dem die Banken ihre Schrottpapiere beim Staat abladen, als die Krise plötzlich hereinbrach. Alle diese Zeichen hätte ein kluger Wirtschaftstechniker wie Brown sehen müssen. Die internationalen Führungsqualitäten, die er in der Krise zeigte, kamen zu spät. Zudem mangelte es ihm am politischen Charisma, über das Blair noch verfügt hatte; Brown konnte weder die großen Entscheidungen treffen noch Ideen in der notwendigen Alltagssprache ausdrücken. Er sprach zu seinem Publikum in der Sprache des geistreichen Gelehrten und überforderte es in einer Situation mit Zahlen, in der Erklärungen für das große Ganze gebraucht wurden. Schließlich war zum Zeitpunkt der Wahlen, die er schon ein Jahr früher hätte ausrufen müssen, klar, dass die Labour Party verlieren würde. So kam es dann auch.

Die weitreichende Umwälzung der konservativ-liberaldemokratischen Koalition

Die nun regierende konservativ-liberaldemokratische Koalition entsprach voll und ganz der herrschenden politischen Logik der Umgruppiierung. Im Geist der Zeit signalisierte Cameron nach dem Vorbild von Blair, dass er entschlossen sei, die Tories zu einer »Partei des mitfühlenden Konservatismus« zu machen.

Viele unterschätzten, wie tief die Spaltung der liberaldemokratischen Seele infolge der oppositionellen Machtlosigkeit war. Die Koalition brachte die neoliberal orientierten Unterstützer des »Orange Book«, die ein Bündnis mit den Konservativen bevorzugten, in Gegensatz zu den

»Progressives«, denen sich auch ehemalige Sozialdemokraten angeschlossen hatten, die einer Koalition mit der Labour Party zuneigten. Manchen imponierte das makellose öffentliche Auftreten des liberaldemokratischen Parteiführers und heutigen stellvertretenden Ministerpräsidenten Clegg in den Wahlkampfdebatten im Fernsehen. Dagegen argwöhnten andere, dass dieser Eindruck vielleicht die Folge von Cleggs Substanzlosigkeit sei. Nahezu alle täuschten sich über den Selbstverrat, die Heuchelei und Prinzipienlosigkeit, zu denen die Führung der Liberaldemokraten fähig war. Die Konservativen und die Liberaldemokraten strickten einen schlechten Kompromiss, dessen Details heute vergessen sind. Im Rosengarten von Downing Street Nr. 10 gaben sich Cameron und Clegg den »Bruderkuß« (wobei jener aussah wie eine Katze, die gerade die Sahne aufgeschleckt hat). Die Parteiführung der Liberaldemokraten lieferte der konservativen Parteilite das Feigenblatt und die Bankenkrisen das nötige »Alibi«. Die Tories ergriffen die Gelegenheit beim Schopfe und trieben die radikalste, weitreichendste (und womöglich irreversible) gesellschaftliche Umwälzung seit dem Krieg voran.

Die Politik der Koalition erscheint oft als inkompetent, und zuweilen sieht es so aus, als ob es nicht gelänge, eine klare Linie zu bewahren und die Dinge zusammenzuhalten. Aus einer anderen Perspektive lässt sich aber die These aufstellen, dass es von allen drei Regimes, die seit den 1970er Jahren das neoliberale Projekt forciert haben, das am besten vorbereitete, weitgehendste, radikalste und ambitionierteste ist. Das am besten vorbereitete, da die Konservativen ihre Oppositionszeit dazu nutzten, einen neuen Machtantritt systematisch anzugehen, und zwar nicht so sehr im Hinblick auf konkrete politische Gesetzesvorhaben als im Hinblick auf die Verknüpfung solcher allgemeinen Vorhaben zur Herstellung eines neuen politischen »Kompromisses«. Sie überzeugten sich selbst davon, dass tiefe Einschnitte vorzunehmen sein würden, um die Anleihemärkte und die internationalen Gläubiger zu stellen.

Die Gesetzeslawine setzte ohne Vorlauf ein und ist seitdem nicht zum Halten gekommen. Sie beginnt stets negativ (>das Chaos, das uns die Vorgängerregierung hinterlassen hat«), endet aber positiv und schlägt radikale Strukturformen als Lösung vor. Dabei leugnet man aufs Heftigste die Tatsache, dass das treibende Motiv Ideologie ist. Die Ideologen der ersten Reihe – George Osborne, Andrew Lansley, Michael Gove, Frances Maude, Ian D. Smith, Eric Pickles, Jeremy Hunt – sind, obschon sie als Konvertiten begannen, völlig von neoliberalen Ideen durchtränkt und richten ihre ganze Konzentration darauf, diese Ideen legislativ umzusetzen und damit

den Umbau der Gesellschaft festzuschreiben. Sie sind skrupellos in ihren Mitteln und verleugnen die verheerenden Folgen dieses Umbaus. Der ver-schmitzt lächelnde, clevere und zynische Osborne, »der Lächelnde mit dem Messer hinter dem Rücken«, schwingt die Axt mit tiefsitzendem Hass. Der gespannt auftretende, glaubwürdige und selbstgerechte Cameron führt die koalitionsäre Fernsehshow mit der typisch lockeren und selbstbewussten Herablassung der oberen Mittelschicht, die in Eton zur Schule und in Oxford auf die Universität gegangen ist. Er ist die Werbefigur des Projekts, der in die Bresche springt, wenn dessen Aktienkurs abzuschmieren beginnt. Vor langer Zeit hat diese Bande Joseph Schumpeters Diktum übernommen, dass es keine Alternative zur »schöpferischen Zerstörung« gibt; und durch legislative Manöver haben sie sich einen ununterbrochenen Zeitraum von fünf Jahren geschaffen, in dem sie diese Aufgabe vollenden können.

Der weitreichende Charakter der Koalitionsregierung erschließt sich aus der operationellen Breite der zu reformierenden Institutionen und Praxen, aus der Waghalsigkeit, mit der Staatsgelder in die Privatwirtschaft aus-geschüttet werden, und aus den Wählerklientelen, die sie direkt brüskieren. »Reform« und »Entscheidungsfreiheit« – Wörter, die schon von New Labour für den neoliberalen Zweck gekapert wurden – sind die zentralen Bausteine ihrer Großen Erzählung. Sie mögen Konservative sein und ihr Personal mag sich zunehmend aus reaktionären Tory-Hinterräumen bei-derlei Geschlechts zusammensetzen, aber im Kern sind sie kein »konser-vierendes« Regime. Es ist eine verstörte Labour-Partei, die jetzt mit der (sozial-)konservativen Alternative ihres traditionellen Lohnarbeitertügels herumspielt. Obwohl die Konservativen und die Liberaldemokraten immer wieder behaupten, nur das »Chaos« der Vorgängerregierung aufzuräumen, läuft der neoliberale Motor auf Hochtour.

Beschränken wir uns darauf, die neoliberale Logik hinter den Kür-zungsmaßnahmen zu verfolgen: *Erstens*, die angegriffenen Bevölkerungs-gruppen sind nun alle, die auf den Staat und öffentliche Dienstleistungen angewiesen sind. Für die Reichen hat es nie eine Rezession gegeben. Die Beschäftigten im öffentlichen Sektor werden dagegen Opfer massiver Ent-lassungswellen, eingefrorener Nominal- und somit sinkender Reallohne, vernichteter Rentenanprüche und eines steigenden Renteneintrittsalters. Unterstützung für die sozial Schwachen und Bedürftigen wird weggekürzt, um damit die sogenannte »Sozialstaatsabhängigkeit« zu brechen. Sozialleis-tungen werden beschnitten, die Alten müssen ihre Häuser verkaufen, um Pflegeleistungen zu kaufen, viele Studierende werden sich lebenslang ver-schulden, um einen Hochschulabschluss zu erwerben. Die Frauen befinden

sich dort, wo viele dieser barbarischen Entscheidungslinien sich schneiden. Bea Campbell erinnert uns daran, dass Sozialabbau den Raum verkleinert, in dem Frauen Gehör, Bündnispartner sowie soziale und materielle Unter-stützung finden können. Reduziert werden diejenigen Ressourcen, die die Gesellschaft kollektiv für ihre Kinder, Alten und Verletzlichen aufbringt und für die allgemeine Sorge- und Liebesarbeit vorausgibt.

Zweitens verwandeln die Privatisierungen die gesamte gesellschaftliche Architektur. Cameron beabsichtigt, das Prinzip, dass öffentliche Dienste mit privaten Anbietern um bessere Dienstleistungen konkurrieren, gesetz-lich zu verankern. Die Privatisierungspolitik der Koalition nimmt dreierlei Gestalt an: (1.) direkter Ausverkauf des öffentlichen Eigentums; (2.) Ver-gabe öffentlicher Aufträge an profitorientierte Privatunternehmen; (3.) eine zweischrittige Privatisierung auf dem Schleichweg, die als unbeabsich-tigte Folge ausgehen wird. So haben z. B. Private Equity-Unternehmen ganz offen private Pflegeheime auf Lease-Back-Basis aufgekauft, um sie mit enormen Profiten weiterzuverkaufen. Die Folge war, dass die neuen Eigentümer – Privatanbieter wie Southern Cross – die Miete nicht mehr zu zahlen in der Lage waren und sich somit gezwungen sahen, die Pflege-heime zu schließen und die Insassen zu zwingen, sich eine neue Bleibe zu suchen. Das ist Privatisierung mit doppeltem Abkassieren.

Drittens die Verlockung des Lokalismus. Gemäß David Camerons »Big Society« sollen mit öffentlichen Mitteln finanzierte »freie Schulen« Eltern »ermächtigen« und so Entscheidungsbefugnisse »an das Volk« zurück-gegeben werden. Die von drängenden häuslichen und Pflegeaufgaben im Beschlag genommenen Eltern, die weder die Zeit noch die nötige Erfah-rung haben, Schulen zu verwalten, gute Didaktik zu bewerten, ausgegli-chene Lehrpläne zu erstellen, die seit der Mittleren Reife keine Zeit mehr hatten, einen guten Roman zu lesen, werden sich natürlich an private Bil-dungsberater wenden müssen, die die Schulen verwalten können und die »Vision« der Schule definieren. Gibt es ein besseres Beispiel für die Zwei-schrittlogik der »unbeabsichtigten Folgen«?

Viertens, ein heuchlerischer Populismus, bei dem die »communities« gegen die kommunale Demokratie ausgespielt werden: Pickles, der Minis-ter für Kommunalverwaltung, plant die Stadträte dauerhaft vom zentra-len Geldvergabesystem abzuschneiden. Gleichzeitig ist der soziale Woh-nungsbau stillgestellt: Während der Bedarf nach preiswerten Wohnungen dramatisch ansteigt, werden Wohnzuschüsse gestrichen. Die früher sub-ventionierten Mieten in den Großstädten dürfen sich dem hohen Markt-niveau angleichen. Viele Menschen werden sich gezwungen sehen, in

günstigere Wohnungen umzuziehen, und verlieren so ihr Freundesnetzwerk, ihre Kinderbetreuung, ihre Familie, ihre Schulen und Schulfreunde. Die Eltern müssen sich nach neuen Arbeitsplätzen vor Ort umsehen, falls es welche gibt, oder längere Pendelzeiten in Kauf nehmen. Die Unterstützung für Arbeitssuchende wird zusammengestrichen. Seit den frühen Tagen von Thatcher hat es keinen solch gewaltigen Angriff auf den Zusammenhalt der Gesellschaft, die sozialen Verhältnisse und das gesellschaftliche Leben mehr gegeben.

Fünftens, die Kürzungen der staatlichen Ausgaben für die Verbesserung der Lebensqualität: Einrichtungen wie Bibliotheken, Parkanlagen, Schwimmbäder, Sportanlagen, Jugendzentren, Gemeindezentren werden privatisiert oder verschwinden ganz. Entweder wird der Privatsektor sich die profitablen Einrichtungen herauspicken oder unbezahlte Freiwillige werden einspringen oder die Türen werden für immer geschlossen. Cameron ist nach allen Seiten offen und schämt sich nicht, sich den Jargon von »1968« anzuverwandeln und von einer »Machtverschiebung zugunsten des Volkes« zu sprechen, während er in Wirklichkeit die Strukturen der lokalen Demokratie zerstört. Die Linke, der Freiwilligenarbeit, lokales Handeln und kommunale Beteiligung schon immer zugesagt (und wem gefällt das etwa nicht?), findet sich so wieder einmal ins Niemandsland triangeliert. Das Konzept der »Big Society« ist so leer, dass die Universitäten unter Androhung von Mittelkürzungen dazu verpflichtet worden sind, es an die Spitze ihrer Forschungsagenda zu stellen – vermutlich, damit die Politik herausfinden kann, was in aller Welt damit gemeint sein mag. Es handelt sich um eine Schimäre und eine schäbige, gusherrnartige, doppelzüngige Einmischung in die intellektuelle Freiheit und Unabhängigkeit der Hochschulen. Das dominante Prinzip ist die Verlagerung der Macht und des Reichturns hin zu denjenigen, die jetzt schon reich und mächtig sind. Während für die Bevölkerungsmehrheit die Einkommen stagnieren oder fallen, haben sich die Reichen alle Erträge des fiebrigen, treibhaus-, blasen- und schuldengetriebenen »Wachstums« der letzten Jahre unter den Nagel gerissen. Der Lohn für hochqualifizierte Arbeitskräfte hat sich mehr als verdoppelt, während der Lohn für unqualifizierte und gering qualifizierte Arbeiter seit den 1970er Jahren sogar gefallen ist. Der Anteil der Armutslöhne hat sich fast verdoppelt. In der »Big Society«, so scheint es, ist Gleichheit aus der Mode gekommen.

Ist der Neoliberalismus hegemonial?

Die Frage der neoliberalen Kultur und damit des gesellschaftlichen Konsenses und der Durchdringung des populären Bewusstseins ist eine zu weitläufige Frage, um sie hier angemessen behandeln zu können. Der Neoliberalismus ist nur einer der operativen Trends in der Kultur. Er sitzt in einem komplexen kulturellen Feld, in dem mehrere Tendenzen miteinander konkurrieren. Trotzdem können wir einige deutliche neoliberale Stränge in ihren Grundzügen identifizieren. Der rote Faden im Folgenden zieht sich durch die Ideen und kulturellen Praxen der Inwertsetzung und des Individualismus.

In einer Kultur, in der neoliberale Ideen eine weitverbreitete geistige Strömung repräsentieren, ist der freie, allgegenwärtige und allumfassende Charakter des »Reichtums« ein dominantes Thema. In zunehmendem Maße ist damit Geld in seiner nackten, materialistischen, »amerikanisierten« Form gemeint, d. h. abgelöst von den alten, respektablen, aristokratischen und Oberschichtskonnotationen und moralischen Einschränkungen, von denen er im britischen Kontext begleitet und durch die er gebrochen war. »Greed is good«, verkündete Michael Douglas in *Wall Street*. »We are extremely relaxed about people becoming filthy rich«, erklärte Peter Mandelson, einer der Architekten des »Dritten Wegs« von New Labour. »Wie viel Knete verdient er?«, »Wie hoch ist sein Bonus?«, »Was kostet diese Gucci-Handtasche oder dieses Paar Jimmy-Choo-Schuhe?«, »Hat er eine Yacht?«, »Oder einen Fußballklub?«, »Wie viel verdienen die zusammen?«, »Wie komme ich da dran?« – das sind die Fragen, die unseren kulturellen Moment beherrschen. Marketing- und Verkaufsmetaphern drohen den öffentlichen Diskurs zu überwältigen. Alles ist zur Ware geworden. Jedes soziale Verhältnis lässt sich kaufen und verkaufen, hat seinen »Preis« und seine »Kosten«. Der »Disziplin« dessen, was unterm Strich rauskommt, entgeht nichts. Der Tauschwert bestimmt, was als Wert angesehen wird. Eine gigantische Infrastruktur produktiver und finanzieller, globaler Konzern heizt den Treibhausinkubator der globalen Modetrends an: Bevor sie aber auf dem Markt realisiert werden können, müssen sie zu Signifikanten einer personalisierten Kaufentscheidung werden und deren »Aura« verkörpern. Junge Menschen streben Individualität an, indem sie Variationen derselben Freizeit-»Uniform« tragen. Von diesen Trends nähren sich die vielfältigen Industrien der »Sorge um sich« und der Selbstinszenierung: die sanktionierende Unerbittlichkeit der Fitnessstudios, die Fähigkeiten zur Selbst-Promotion, das stilistische »Gendern« und »Racing«, d. h. die

geschlechts- und ›rassen‹identitätsspezifische Produktabstimmung der Waren, die kosmetische Chirurgie, die persönlichen Stilberater, die Lifestyle-Werbung, die PR-Industrie. Selbst Bewerbungen werden zu quasi-fiktionalisierten Übungen in der Selbstvermarktung. Manager und Unternehmensvertreter stricken, auch wenn sie schon völlig ausgelagert sind und ihre wirtschaftliche Lage schlecht ist, vollkommen ungeniert an einem selbstbewussten, ›dynamischen‹, optimistisch nach vorne gerichteten Auftreten. Topmanager und Politiker umtänzeln die eigentlich entscheidenden Fragen. Keiner nimmt ihnen noch ab, dass sie die Wahrheit sagen. Sie erzählen uns das, was sie uns hören lassen wollen.

Es gibt eine Spezialität in der Vermarktung ›technologischer Bedürfnisse‹. Das Handy, die Breitbandverbindung und eine Facebook-Seite gehören heute zu den ›Notwendigkeiten des Lebens‹, auch in Milieus, in denen Millionen sie nicht haben. In der Illusion, dass das Internet, weil es unreguliert ist, ›frei‹ ist, wurden, wie es heißt, Nachrichten, Informationen, Ansichten, Meinungen und Kommentare durch das Internet ›demokratisiert‹ – d. h. gleichgemacht, auf dem Marktplatz der Meinungen sind die Ansichten des einen so gut wie die des nächsten. Wir wissen mehr über die trivialen und banalen Alltagsgewohnheiten anderer Menschen als über den Klimawandel oder die Nachhaltigkeit. Das ›nachhaltigste‹ Subjekt par excellence ist vermutlich die Gestalt des selbstgenügsamen Städtetrotters – mobil, fitnessstudiotrainiert, der Radfahrer im Radfahreroutfit mit den Radfahrertensilien (Helm, Wasserflasche und anderen Überlebensdingen) griffbereit, gänzlich unbelastet von ›Verantwortungen‹, ungebunden, frei umherstreifend ... Die Ansammlung von Leuten, die draußen vor dem Büro zusammenstehen und dem Rauchverbot trotzen, ist keine ›Gruppe‹; sie ist ein Aggregat von Individuen mit nach außen gerichtetem Blick, die alle auf ihrem Handy zu anderen Individuen sprechen. Die Idee ›des Gemeinschaftlichen‹ selbst hat sich ausgedünnt.

Jedes Mal, wenn ein neues, persönlichkeitsverwehmendes Gadget auf den Markt geworfen wird, ist dies Anlass für festliche Zelebrationen im Einzelhandel, und zwar weniger dessen, was es kann, und mehr dessen, was es als Eigenschaft für die Person symbolisiert (die Funktionen von einem Gadget zum nächsten sind häufig Neuaufgaben von alten). Wie der Prophet der Apokalypse, Jean Baudrillard, angemerkt hat, ist für die Dinge die symbolische Bedeutung ebenso wichtig wie die eigentliche Funktion. Ihre Wertschätzung bezieht sich heute vor allem auf ihre Bedeutung als Lifestyle-Accessoires, auf ihren symbolischen Wert und ihre Verbindung mit neuen Formen der Befriedigung.

Im Reich der globalen populären Kultur hat der ikonische Status von Berühmtheiten alles entscheidende Wichtigkeit erlangt. Die Berühmtheit ist eine allseits bekannte Figur, die am besten dafür bekannt ist, allseits bekannt zu sein. Auf ›magische Weise‹ schließen die Berühmtheiten den Graben zwischen Bedürfnis und Begehren (*need and desire*), zwischen der Wirklichkeit der Nichtverfügung über Reichtum und der Phantasie des alles verändernden Erfolgs und dem Traum von der unmittelbaren Teilhabe am Lifestyle der globalen Superreichen. Sie befühlern die leidenschaftliche Erwartung, dass irgendwann eine Berühmtheit aus dem Nichts auftaucht, uns aus einer neidisch auf uns blickenden Umgebung auswählt und uns damit in einen gottgleichen Status erhebt. Das unkontrollierbare Schicksal wird unverhofft und zufällig mit dem Finger auf uns zeigen und die magische Formel ausrufen: »Sie haben gerade eine Million Euro gewonnen! Kommen Sie zu uns herunter.«

Wie Suzanne Moore beobachtet, sind wir mehr wie Amerika geworden, wo die Aufstiegschancen der Armen trotz des »amerikanischen Traums« kleiner geworden sind. Aber im gleichen Zeitraum ist die Phantasie, dass dies möglich ist, gewachsen. Dass die zunehmende Polarisierung von Reichtum und Armut mit einem ungeheuren Aufstieg der ›Celebrity-Kultur‹ verbunden ist, ist Moore zufolge kein Zufall: »The idea that an ordinary person can become extraordinary and famous, by-passing the normal routes, is a necessary fiction.« (*Guardian*, 9.4.2011)

Der Neoliberalismus will nichts weniger, als einer permanenten Revolution zum Durchbruch zu verhelfen. Ist es denkbar, dass die Gesellschaft auf diese Weise dauerhaft reorganisiert werden kann? Ist der Neoliberalismus hegemonial? Bistlang gibt es keine überwältigende Mehrheitssehnsucht nach dem neoliberalen Projekt. Zu beobachten ist freilich eine massive Desillusionierung und Entpolitisierung der Bevölkerung, die Jeremy Gilbert als »disaffected consent« bezeichnet hat.

Obwohl das neoliberale Projekt seine Cheerleader hat, ist die vorherrschende Stimmung ein Skeptizismus. Auch ein instinktiver, allerdings etwas zurückhaltender und unsicherer Egalitarismus ist immer noch am Leben und verankert. Viele Leute fragen, warum die öffentlich Beschäftigten die Banker retten sollen, die die Krise überhaupt erst hervorgerufen haben und denen es noch nie so gut ging wie heute. Sollten die Gehälter und Einkommen der Reichen und Mächtigen nicht ethischen Prinzipien und Grenzen des Anstands unterworfen werden? Die Leute mögen Rupert Murdoch um seinen phantastischen Reichtum und seine Macht beneiden, aber wenn der globale Kapitalismus sein wahres Gesicht zeigt, so

wie Murdochs *News International* in dem jüngsten Abhörskandal, dessen Erschütterungen durch die gesamte Gesellschaft zu spüren waren, da artikuliert sich unverhohlene nationale Freude über seinen Fall. Bis heute erhält sich eine gute Portion des gramscianischen »gesunden Menschenverstands« (*buon senso*): Auch wenn Cameron immer wieder beteuert, dass wir alle im gleichen Boot sitzen, wissen doch alle, dass die Reichen und Mächtigen die einfachen Leute über den Tisch ziehen, sobald sich nur die kleinste Gelegenheit dafür bietet.

Auch wächst mancherorts der Protest, wenngleich er fragmentiert und isoliert ist. Es gibt zurzeit niemanden, der sie zu einer sozialen und politischen Bewegung zusammenschweißen könnte. Die Labour Party scheint Angst zu haben, als zu weit links zu erscheinen, und es mangelt ihr an politischen Ideen und strategischen Perspektiven. Labour ist es nicht gelungen, sich mit den Kräften zu identifizieren, die Widerstand gegen die Kürzungen leisten, oder Unterstützung für einen glaubwürdigen, alternativen Weg zu mobilisieren. Die Labour Party steckt fest zwischen einer alten »New Labour«-Agenda, mit der kein Blumentopf mehr zu gewinnen ist, und dem Versprechen eines »Neuanfangs«, den niemand zu definieren vermag. Der Politik der Koalition begegnet sie ohne Überzeugung oder Autorität. Überhaupt steckt sie in der Vergangenheit fest: Vieles von dem, was die Koalition jetzt energisch durchsetzen will, begann schon unter New Labour. Die deutlichste Labour-Position scheint folgende zu sein: »Ja, wir werden auch kürzen, aber nicht so viel, nicht so schnell, nicht sofort und nicht alles auf einmal.« Das ist kein heroischer Aufruf zum Handeln, mit dem die Massen dazu zu bringen sind, voller Begeisterung an die Wahlen zu drängen.

Gewichtige Experten haben sich gegen die neoliberalen Struktur-reformen, gegen die Geschwindigkeit und den Umfang der Kürzungen im Kontext einer fragilen Wirtschaft ausgesprochen. Gnadelos entblößen die Thinktanks, wer von den Kürzungen profitiert und wem sie schaden – ganz ohne Wirkung. Es gibt Momente des Innehaltens, des Nachdenkens und der 180-Grad-Kehrtwenden – und das kann durchaus noch zunehmen. Wenn die Liberaldemokraten unter der Durchsetzung der Sozialkürzungen »ächzen« und es ihnen nicht gelingt, bei den nächsten Wahlen glaubwürdig gegen ihre eigene Politik Wahlkampf zu machen, wartet auf sie eine Zukunft der elektoralen Auslöschung. Auch könnte die Koalition auseinanderbrechen. Dabei bliebe allerdings nicht ausgeschlossen, dass die Konservativen dann die absolute Mehrheit erreichen könnten, zu der es bei den letzten Wahlen nicht reichte. Möglich ist auch, dass das Vabanquespield, dass die verheerenden Kürzungen zur Senkung des Haushaltsdefizits recht-

zeitig zu den nächsten Wahlen zu einem Wiederaufschwung der am Boden liegenden Wirtschaft führen wird, sich als gescheitert herausstellen könnte, selbst wenn Osborne an eine »expansive Austerität«, was auch immer das heißen mag, glaubt.

Die Tage des konstanten und kontinuierlichen »Wachstums« könnten gezählt sein. Die Umweltkrise könnte der Regierung das Genick brechen, oder auch die Tatsache, dass, wie Larry Elliott anmerkt, seit 2010 »die Realeinkommen [...] zum ersten Mal seit 1982 gesunken sind [...], die Stimmung unter den Verbrauchern schlecht ist, der Einzelhandel über seine Profitkrise stöhnt und die Regierung sich gezwungen sah, ihre Prognosen für das Haushaltsdefizit zu revidieren« (*Guardian*, 7.4.2011). Die Einkommen müssten um 6% steigen, um die Preissteigerung und die Mehrwertsteuererhöhung auszugleichen. Die Haushaltseinkommen sinken rapide. Das sind keine ökonomischen Aussichten, die die Herzen in der Koalition frohlocken lassen.

Die Eurozone ähnelt momentan offensichtlich einem wirtschaftlichen »Katastrophenfall«: die Verschuldungskrise der Nationalstaaten ist notdürftig geflickt, aber nicht gelöst. Noch alarmierender ist, dass die Fähigkeit der bislang stetig wachsenden US-Märkte und die stetig wachsende geopolitische Macht der USA als Rettungsanker allmählich nicht mehr greift. Vor allem gibt es immer unerwartete Entwicklungen, die ganz plötzlich hereinbrechen – wie z. B. der bereits erwähnte Abhörskandal von Rupert Murdochs *News Corp* 2011, der die Cameron-Regierung und die Medien tief kompromittiert hat. Es ist immer schwierig, die Auswirkungen von dem abzuschätzen, was Macmillan einmal mit »Events, dear boy, events« oder was Donald Rumsfeld reumütig mit »Stuff happens!« beschrieb.

So kam es z. B. im August 2011 in vielen Londoner Vierteln plötzlich zu Aufräubern und Plünderungen, die sich auch auf andere britische Städte ausbreiteten. Hervorgehoben wurden sie dadurch, dass die Polizei einen Schwarzen tötete, der nach ihrer Darstellung auf sie geschossen hatte. Er hatte tatsächlich eine Waffe, aber die Spurensicherung ergab später, dass sie nie abgefeuert wurde. Die Leute protestierten und forderten eine Erklärung, die jedoch von der Polizei trotz jahrzehntelangem »Community Relations Training« verweigert wurde. Fünf Tage lang wurden Fenster zerrümmert, Läden geplündert. Zwei Nächte lang verlor die Polizei die Kontrolle über die Straße. Zunächst waren es v. a. männliche, schwarze und arbeitslose Jugendliche, die sich an ihren eigenen Vierteln rächen. Dann kamen von weiter weg viele weiße Jugendliche beiderlei Geschlechts dazu. Rasse und Klasse überlagerten sich, ohne sich zu vermischen, aber auf explosive Weise: in

einem Konsum-Festival. Die Medien berichteten fasziniert über das Schauspiel, dass Plünderer zu den Läden zurückkehrten, um einen weiteren TV-Flachbildschirm abzugreifen, über die Geschwindigkeit, mit der Handys und andere elektronische Geräte von den Regalen verschwand, über die Jungs und Mädchen, die stehen blieben, um Kleider und Modartikel vor dem Abtransport anzuprobieren. Die Jagd ging allmählich in Konsumismus über – eine klassisch liberale Melodie. Obwohl die Zusammenhänge zwischen den Unruhen und den Armutszentren offensichtlich sind, behandelte Cameron sie als »reine Kriminalität«, eine rein moralische Angelegenheit, die nichts mit Sozialkürzungen, Rassismus oder Armut zu tun hat und rein strafrechtlich verfolgt wird. Die Richter richteten sich danach, indem sie für die Störung der öffentlichen Ordnung Gefängnisstrafen verhängten, die um ein Drittel länger waren als gewöhnlich. Die Zerstörungen, Ergebnisse unausgesprochener und ungerichteter Wut, führten zu bitteren Spaltungen der lokalen Gemeinden entlang der Generationen. Die Älteren sagten faszungslos: »Aber das ist doch ihr eigenes Viertel – hier leben wir doch!« Aber der Sinn fürs »Soziale« ist eben leider brüchig geworden. Die Familienbindungen bleiben stark, aber sie gewährleisten keine überzeugenden Erzählungen mehr für die Gegenwart. Die Linien der Zugehörigkeit und des Ausschlusses sind nicht mehr so einfach und rational. Auch die schwarzen Jugendlichen sind gespalten zwischen denen, die darum kämpfen, Jobs am unteren Ende der Skala zu ergattern, und einer Minderheit, die sich in eine getrennte schwarze Welt zurückgezogen hat, in der Leben, Vergnügen, Musik, Sex und Unterhaltung in sozialen Szenarien der »Gang« (*the posse*) gesucht werden. Wenn Cameron sagt, »society is »broken«, kann man gut im jamaikanischen Ton antworten: »Is who bruk' it?«

Bei der Frage, ob Neoliberalismus hegemonial ist, stoßen wir auf das Problem, dass Hegemonie ein komplizierter Begriff ist und ein unordentliches Denken auslöst. Kein Projekt gelangt je in eine Position der permanenten »Hegemonie«. Hegemonie ist ein Prozess, kein Zustand. Kein Sieg ist jemals endgültig. An Hegemonie muss ständig »gearbeitet werden«; sie ist zu erhalten, zu erneuern und zu befestigen. Ausgeschlossene gesellschaftliche Kräfte, die nicht konsensual eingebunden und deren Interessen nicht berücksichtigt worden sind, verkörpern die Basis von Gegenbewegungen, Widerstand, alternativen Strategien und Visionen. Damit beginnt der Kampf um ein hegemoniales System von neuem. Sie konstituieren das, was Raymond Williams »das Entstehende« (*the emergent*) genannt hat, und sie sind der Grund, warum die Geschichte nie abgeschlossen ist, sondern als Horizont stets eine offene Zukunft bietet.

Trotz alledem verkörpert der Neoliberalismus im Hinblick auf seine Ziele, seine Tiefe und den Grad des Bruchs mit der Vergangenheit, die Vielfalt der kolonisierten Orte, seine Wirkung auf den Alltagsverstand und die Verschiebungen in der Gesellschaftsarchitektur zweifellos ein hegemoniales Projekt. Das populäre Denken und die Kalkulationssysteme des Alltagslebens bieten der Durchsetzung seiner Vorstellungen gegenwärtig nur wenig Reibungsflächen. Aber da er die neuen und alten Widersprüche auch in seiner aktuellen Rekonstruktion nicht loswird, mag sich seine Durchsetzung schwieriger gestalten. Dennoch ist für das neoliberale Projekt die Grundsteinlegung und die Konstruktion der Zukunft auf einem für ihn vorteilhaften Terrain heute mehrere Schritte weitergekommen. Um einen Satz von Marx zweckzufremden: »Brav gewählt, alter Maulwurf.« Fürwahr, leider!

Aus dem Englischen von Ingar Solby und Jan Rehmann